



BürgerInnenbrief

29. August 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Ordentlich regiert? +++ Absonderliches +++ Wohnungspolitik +++ Genervt im Münzviertel +++ Offene Denkmäler

Was heißt »ordentlich regieren«?

von Joachim Bischoff



Alles bestens in der Hansestadt? Besuchsprogramm am 15.6.2011

Der Standardsatz des Hamburger Bürgermeisters lautet: »Wir werden Hamburg ordentlich regieren.« Fernab jeglicher Spontaneität, ohne Spur von Charisma oder richtungsweisenden Ideen arbeitet er sein Programm ab. Aber was heißt »ordentliches Regieren« konkret?

Sechs Monate nach der Bürgerschaftswahl schält sich ein Bild der SPD-Politik heraus. Die Wahlversprechen (Rücknahme der KITA-Gebührenerhöhung, KITA-Sofortprogramm, mehr Geld für Straßenreparaturen, Anhebung des Kulturtats u.a.) wurden auf den Weg gebracht; die Abschaffung der Studiengebühren soll zum nächsten Jahr folgen. Die Ausweitung des Wohnungsneubaus zielt auf die Erhöhung der Baugenehmigungen, die Aufstockung der Zuschüsse für preiswerte Wohnungen ist bislang bloße Ankündigung. Die Mehrausgaben in Höhe von rund 100 Mio. Euro in den Jahren 2011/2012 sollen durch Verzicht auf einige schwarz-grüne Projekte (Stadtbahn, Shared Space), den Rückgriff auf die Ausgabenreste aus vorherigen Haushaltsjahren und den Abbau von 250 Arbeitsplätzen pro Jahr finanziert werden.

Die trotz Eintrübung der Konjunktur zu erwartenden Steuermehreinnahmen von jeweils knapp 700 Mio. Euro in den Jahren 2011 und 2012 will der SPD-Senat vorrangig für den Schuldenabbau verwenden. Scholz betont, über Jahrzehnte sei mehr Geld ausgegeben als eingenommen worden. Das strukturelle Defizit liege inzwischen bei einer Mrd. Euro. »Unser Ziel ist entsprechend der Vorgabe des Grundgesetzes, im Jahre 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen.« Dazu sei es nötig, dass die Ausgaben pro Jahr um nicht mehr als 0,88% steigen.

Betrachtet man allerdings die tatsächliche Haushaltsentwicklung (Ist-Zahlen) im Zeitraum 2001-2010, zeigt sich, dass die Einnahmen des Betriebshaushalts deutlich über den Ausgaben gelegen haben, von einem unverhältnismäßigen Ausgabenanstieg also nicht die Rede sein kann. Während die bereinigten Einnahmen 2010 gegenüber 2001 um 28,3% gestiegen sind, lag der Anstieg der bereinigten Betriebsausgaben nur bei 18,5% (im Durchschnitt pro Jahr 1,85%). Addiert man die Finanzierungssalden des Betriebshaushalts über den

genannten Zeitraum, bleibt unterm Strich ein Plus von 300 Mio. Euro.

Fremdfinanziert wurden die Investitionen mit dem entsprechenden Effekt einer wachsenden Verschuldung. Hier haben die diversen CDU-Senate zudem falsche Prioritäten gesetzt. Statt in die Zukunft der Stadt zu investieren (etwa in die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur und den Wohnungsbau), hat man das Geld lieber für Leuchtturmprojekte (Elbphilharmonie, IBA, IGS) verschwendet.

Schlussfolgerung: Mit der Begrenzung des Aufgabenwachstums auf unter 1% wird man weder den »normalen Betrieb« der Stadt, geschweige denn die Behebung der größten Defizite in den unterfinanzierten Bereichen sicherstellen können. Man wird im Gegenteil diese Defizite verschärfen und damit das Vermögen der Stadt und die Lebensqualität ihrer BürgerInnen weiter beschädigen. Beschädigt werden dabei auch die regionalwirtschaftlichen Kreisläufe. Dies ist vor dem Hintergrund der heraufziehenden Wirtschaftskrise und ihrer Folgen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und öffentliche Einnahmen politisch nicht zu verantworten.

Die SPD räumt ein, dass es in Hamburg in vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur erhebliche Defizite gibt. »Der Senat teilt die Einschätzung, dass ein Rückstand bei Investitionen zum Erhalt vorhandener städtischer Infrastruktur vorliegt, der schrittweise aufgeholt werden muss.« Allerdings sollen diese für den Erhalt notwendigen Investitionen nur »im Rahmen der allgemeinen Ausgabenbegrenzung« erfolgen. Dies bedeutet, dass unter dem Spardiktat der weitere Verfall der städtischen Vermögenswerte billigend in Kauf genommen wird. Denn die Investitionen, die notwendig sind, um auch nur die Substanz etwa von Universitätsbauten, von Sport- und Grünanlagen und Straßen zu erhalten, summieren sich auf deutlich mehr als eine Mrd. Euro. So fehlen

- im Universitätsbereich 300-400 Mio. Euro für die dringend notwendige Sanierung;
- im Kulturbereich etwa 100 Mio. Euro für die dringendsten Maßnahmen;
- im Bereich der BSU etwa 200-300 Mio. Euro (davon allein 100 Mio. Euro für das CCH) für eigentlich unaufschiebbare Instandsetzungen von Gebäuden, Straßen, Fahrradwegen. Je länger mit substanzerhaltenden Maßnahmen gewartet wird, um so höher fallen dann die notwendigen Investitionen aus. Der schöne Effekt: Man hat geringere Ausgaben und vielleicht auch niedrigere Schulden. Den Preis für die verrottete Infrastruktur müssen zukünftige Generationen bezahlen.

Zum »Investitionsstau« gehören auch die überlieferten Strukturen der Arbeitsmarktpolitik mit dem Effekt einer hohen Zahl langzeitarbeitsloser BürgerInnen (aktuell ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jobcenter bei einer Abnahme in der Arbeitsagentur zu beobachten). Die Arbeitslosigkeit nach SGB II stieg in Hamburg allein von Juli 2010 bis Juli 2011 um 6,2%. Die Unterbeschäftigung im Rechtskreis SGB II liegt bei ca. 77.000 Personen. Hinzu kommt ein ständig wachsender Niedriglohnsektor mit Arbeitsverhältnissen, die den dort Beschäftigten nicht einmal das Auskommen mit dem Einkommen sichern. So sind in Hamburg fast 40.000 Voll- und Teil-

zeitarbeitskräfte und geringfügig Beschäftigte auf zusätzliche Hartz IV-Leistungen angewiesen. Durch die Streichungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung bei Fort- und Weiterbildungs- sowie arbeitsschaffenden Maßnahmen für Arbeitslose wird diese Situation noch wesentlich verschlimmert.

Es besteht daher eine Pflicht der Landesregierung, durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (etwa Ersatz der wegfallenden Ein-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze) dafür zu sorgen, dass keine »verlorene Generation« von jüngeren und älteren BürgerInnen entsteht, für die Hamburg keine Zukunftsperspektive mehr bietet.

Die SPD bestreitet, dass »fast alle Bereiche des Öffentlichen Dienstes unzureichend ausgestattet und unterfinanziert« sind. Hier herrscht das Prinzip Hoffnung vor. Die Alternative: Mindestens die Hälfte des Steuerplus (also ca. 350 Mio. Euro pro Jahr) sollte für Investitionen in die Zukunft der Stadt, also z.B. für Sofortmaßnahmen im Bereich des Arbeitsmarkts, für eine bessere universitäre Bildung und zur Ankurbelung des Wohnungsbaus verwendet werden. Diese Investitionen stabilisieren zudem hier und jetzt die wirtschaftliche Entwicklung und generieren zusätzliche Steuereinnahmen. Firmen erhalten Aufträge und die Beschäftigung steigt. Diese Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe ist auch deshalb klug, weil die internationale Finanz- und Schuldenkrise sich erneut zugespitzt hat und ein konjunktureller Rückschlag droht.

Aus der Krise kann man sich nicht herausparen. Das zeigt die Geschichte. Gefordert ist ein Mix aus öffentlichen Investitionen in die unterfinanzierten Bereiche, verantwortungsvoller Konsolidierung und Verbesserung der Einnahmen. Übergangsweise muss dafür auch der öffentliche Kredit weiter in Anspruch genommen werden.

Neben einer klugen Ausgabenpolitik, die in die Zukunft der Stadt investiert, kann die Haushaltslage der Stadt vor allem aber durch eine sinnvollere Einnahmepolitik deutlich verbessert werden. Dazu gehören eine Effektivierung des Steuervollzugs und Initiativen zur Veränderung der Steuerpolitik des Bundes.

Der Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage unserer Fraktion (Drucksache 20/658) ist zu entnehmen, wie stark die Einnahmen Hamburgs durch die Steuersenkungspolitik des Bundes in den letzten Jahren beeinträchtigt worden sind. So fehlen der Stadt durch Unternehmenssteuerreform etc. in den Jahren 2011-2014 650 Mio. Euro. Durch eine Veränderung der Steuersätze bei Unternehmens- und Einkommensteuer sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnte die Kas-senlage nachhaltig positiv verändert werden.

Den effektiven Steuervollzug sieht zwar auch der Senat als »wichtige Daueraufgabe zur Sicherung des Steueraufkommens«, zieht daraus aber keine Schlüsse. Im Gegenteil. Mit dem Argument, in den letzten Jahren seien in der Hamburger Steuerverwaltung mehrere große Umstrukturierungsprojekte auf den Weg gebracht worden, die jetzt eine »Phase der Konsolidierung erforderlich« machten, wird eine deutliche personelle Aufstockung des Steuervollzugs auf den St. Nimmerleinstag verschoben.

Absonderlichkeiten in der Ausgabenpolitik

von Heike Sudmann

In den kommenden Wochen wird die Hamburgische Bürgerschaft schwerpunktmäßig mit der Diskussion des Doppelhaushalts 2011/2012 beschäftigt sein. Zurzeit finden bereits die Beratungen in den verschiedenen Fachausschüssen statt, in mehreren Lesungen wird der im Wesentlichen aus der Ära des CDU-GAL-Senats stammende Entwurf zu diskutieren und letztlich zu entscheiden sein. Die Linksfraktion wird am 1. Oktober eine Klausurtagung durchführen und ihre Kritikpunkte und Abänderungsanträge an den Etatplan formulieren. An dieser Stelle geht es mir um einige Anmerkungen dazu, wie der Senat auch unter sozialdemokratischer Ägide mit den Mitteln umgehen will. Eine systematische Bewertung wird in den kommenden Wochen zu entwickeln sein.

Fangen wir mit der grandios gescheiterten »Hamburg-WG« an. Da hatte die stadteigene »Hamburg Marketing GmbH« den famosen Einfall, sich mit 279.00 Euro an einer Edel-Wohngemeinschaft zu beteiligen (siehe »BürgerInnenbrief« vom 20.6.2011). Eine Handvoll StudentInnen sollte damit die Möglichkeit bekommen, ein Jahr lang kostenfrei in einer »stylishen« WG zu wohnen. Tausende KommilitonInnen suchen in der Stadt eine bezahlbare Wohnung, und der Senat entblödet sich nicht, Geld in ein angeblich werbewirksames »Social-Media-Projekt« zu stecken. Erst eine Reihe von Kleinen Anfragen und der massive Widerspruch der Linksfraktion hat die Hamburg Marketing GmbH am 16. August dazu veranlasst, sich aus dem Vorhaben zurückzuziehen. Mindestens 147.370,86 Euro öffentlicher Mittel sind für die Planungen verbraten worden – Geld, das an anderer Stelle erheblich sinnvoller eingesetzt gewesen wäre.

War der Protest in diesem Fall halbwegs erfolgreich – immerhin konnten gerade noch rund 130.000 Euro »gerettet« werden –, bleibt es der weiteren Auseinandersetzung vorbehalten, ein anderes Projekt zu stoppen. Es geht um den aus unserer Sicht überflüssigen Plan, einen – sicher sinnvollen – Weg über den Müllberg Georgswerder in einer Länge von ca. 900 Metern aufzuständern, um noch etwas höher hinaus zu kommen. Allein dieser Laufsteg soll ca. 3,05 Mio. Euro kosten und überdies in ganzer Länge mit einem Leuchtband »Energieberg Georgswerder« verziert werden und damit eine Art Heiligenschein bekommen. Können wir uns nicht mit einem einfachen Weg über den Berg begnügen, der einen großartigen Ausblick in die Umgegend erlaubt und sicherlich genügend Anlass bietet, über die umweltpolitischen Sünden der Vorgänger-Senate (Stichwort Dioxin-»Entsorgung«) nachzudenken? Hier wird es wohl heißen, einen entsprechenden Änderungsantrag in der Bürgerschaft einzubringen.

Nehmen wir als drittes Beispiel die von der Fraktion der LINKEN durch Kleine Anfragen und Presseerklärungen »aufgedeckte« Abfindung ehemaliger SenatsfunktionärInnen. Anders als bei Erwerbslosen erhält ein entlassener Staatsrat, selbst wenn er nur einen Tag als solcher tätig war, sechs Monate lang mindestens 73% seines Gehalts von ca. 10.000 Euro.

DU HAST HAMBURG GERADE NOCH GEFEHLT!

Bewirb Dich jetzt!

Die Hamburg WG:

- 200m² Loft – Zieh ins gemachte Nest, im Herzen der Stadt
- Starte durch – Unsere Mentoren bringen Dich ins Geschäft
- Teile den Spaß – Hab die Zeit Deines Lebens und sprich drüber

www.hh-wg.de

Hamburg

OTTO Radio Hamburg

Das hat wirklich noch gefehlt: Hamburg-Reklame der besonderen Art

Die entsprechende Summe kann bis zu drei Jahren gewährt werden, je nach Amtsdauer. Oder schauen wir uns Ex-Staatsrat Rolf Reincke (erinnert sich überhaupt jemand an diesen CDU-Top-Mann?) an, der nach lediglich sechs Monaten immerhin 42.000 Euro »Übergangsgeld« bekommen hatte. Andere Staatsräte wie Christian Maaß (GAL) kassieren sogar bis zu 200.000 Euro. Noch schöner wird's bei SenatorInnen, die in Hamburg – und damit bundesweit in Spitzenstellung – ab 55 in Rente gehen können. Die Linksfraktion hat daher die Kürzung der Übergangsgelder etc. auf die Tagesordnung gesetzt, Millionen Euro könnten damit auf Dauer eingespart werden.

Ein letztes Beispiel dreht sich um den Bau einer Doppelrennbahn für die PferdennarrInnen im Trab- und Galopp-sport. Obwohl entsprechende Pläne bereits im Juni 2010 von Ex-Bürgermeister v. Beust ad acta gelegt wurden (»nicht mehr finanzierbar«), ist der SPD-Senat gegenwärtig damit beschäftigt, das Vorhaben zu reanimieren. Mit mindestens 30 Mio. Euro ist das wahrlich kein Pappenstiel, und die Linksfraktion wird sich anstrengen müssen, den Protest gegen dieses Projekt zu organisieren. Im Zusammenhang mit dem Pferderenn- und Wettsport ergab sich eine weitere Petitesse, die uns auf-

merken ließ. Es geht um den Totalisator, die Einrichtung auf den Pferderennbahnen, wo die Wetteinsätze getätigt werden. Rund zwei Mio. Euro werden von den Einnahmen abgezweigt, um sie zu 96% an die Rennvereine auszuschütten. Der Antrag des Vertreters der Linksfraktion, diese knapp zwei Mio. Euro nicht als faktische Förderung des Pferderennsports zu belassen, sondern als zusätzliche Steuereinnahmen zu verbuchen, stieß bei den Abgeordneten der anderen Parteien auf helle Empörung. Damit würde ein althergebrachtes Recht aus »vorkonstitutionellen Zeiten« infragegestellt. Aha, es gibt da also haushalterisch relevante Regelungen, die nach Meinung der anderen Parteien nicht zu hinterfragen sein dürfen. Wenn's um die Rechte der ArbeitnehmerInnen, um Transferleistungen und die Sozialversicherung geht, da kann hingegen nach dem Belieben der etablierten PolitikerInnen gedreht und gekürzt werden? Wenn es aber um die Privilegien der elitären

Rennvereine geht, dann wird plötzlich ein Recht herangezogen, das offenbar vor Verkündung der Landesverfassung und des Grundgesetzes, also irgendwann in grauen Vorzeiten, verankert worden ist? Auch hier heißt es für die Linksfraktion dran zu bleiben und zu überprüfen, was es mit diesen »vorkonstitutionellen« Regelungen auf sich hat und ob da nicht noch so mancher Euro für den Stadtsäckel schlummert.

Die Beispiele mögen vorerst genügen, um zu verdeutlichen, dass durchaus Geld vorhanden ist und jeweils geprüft werden muss, wem entsprechende Ausgaben eigentlich nützen. Dass Haushaltsfragen Machtfragen sind, wird sich in den nächsten Wochen in verschiedensten Zusammenhängen erweisen. DIE LINKE ist jedenfalls angetreten, zu verhindern, dass die knappen öffentlichen Ressourcen für sinnlose Projekte vergeudet werden und sich VertreterInnen aus Wirtschaft und Politik eine goldene Nase verdienen.

»Armes Reiches Hamburg«



Franco Costa, Hamburg - 1995 (Coverabbildung des VSA: Banded)

Unter diesem Titel ist eine Hamburg-Neuerscheinung sowie eine Buchvorstellung zu vermelden. Die Herausgeber Gerd Pohl (ehem. Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Hauptvorstand der Gewerkschaft NGG) und Klaus Wicher (Vorsitzender des Sozialverbandes Deutschland, Landesverband Hamburg) haben einige AutorInnen gewonnen, die sich um die »Soziale Spaltung in einer reichen Stadt« sorgen und überwiegend im Umfeld des SoVD, der SPD, Gewerkschaften und der Linksfraktion tätig sind.

Das Themenspektrum reicht von den Ergebnissen der aktuellen Armuts- und Reichtumsforschung über die Bereiche Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Tafeln, Prekariat bis zur Kinder-

und Altersarmut. Joachim Bischoff und Bernhard Müller haben einen Beitrag unter der Überschrift »Sozial gespalten in die Zukunft? Wirtschaft, öffentliche Finanzen, Stadtentwicklung« geliefert, Michael Joho und Antje Schellner gehen dem Thema »Wohnungsnot und soziale Schieflagen« nach. Wer sich einen Überblick über das sich immer weiter verschärfende Sozialgefälle in der ach so Freien und Hansestadt Hamburg verschaffen will, ist hier richtig. Das Buch ist bei VSA erschienen, hat 176 Seiten und kostet 14,80 Euro.

Vorgestellt wird die Publikation gemeinsam vom SoVD und vom DGB am Dienstag, dem 6. September, um 18.30 Uhr im Jenfeld-Haus (Charlottenburger Straße 1).

DIE LINKE und die Wohnungspolitik



Foto: Michael Joho

Ein Vergleich des Diskurses über die hamburgische Wohnungsnot vor ein, zwei Jahren und heute ergibt ein klares Bild: Damals wurde das Problem vollkommen ausgeblendet. Noch vor wenigen Monaten bagatellisierten die neue Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau und ihr Staatsrat Michael Sachs (beide SPD) die Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt. Mittlerweile ist die akute Problemlage geradezu Allgemeinut, auf das der Senat inzwischen mit der Verkündung eines beschleunigt bearbeiteten und dann in den Bezirken durchgezogenen Wohnungsbauprogramms reagiert hat. DIE LINKE kann sich ebenso gut wie die Initiativen des Netzwerks Recht auf Stadt zugute halten, dass sie frühzeitig die Problematik erkannt und Forderungen auf breiter Ebene erhoben hat.

Bis zum Jahresende sollen nun die sieben Bezirke eigene Wohnungsbauprogramme vorlegen. Dies fordert auch DIE LINKE heraus, denn es stellt sich konkret die Frage, wo denn und wie kostengünstige Wohnungen entstehen sollen. DIE LINKE tritt dafür ein, vor allem die Zahl der geförderten (Sozial-)Wohnungen im 1. Förderungsweg (5,80 Euro je qm; ab 1.1.2012: 5,90 Euro/qm) deutlich zu erhöhen. Abgesehen davon, dass DIE LINKE 8.000 neu gebaute Wohnungen jährlich für nötig hält, liegt der Hauptunterschied zum SPD-Programm sicher darin, dass der Senat von insgesamt 6.000 neu zu bauenden Wohnungen pro Jahr lediglich 2.000 »geförderte Wohnungen« errichten lassen will, wobei »gefördert« auch solche im neuen, zweiten Förderungsweg (ca. 8 Euro/qm) und sogar Eigenheime meinen könnte. Die Linksfraktionen in der Bürgerschaft und in den sieben Bezirken haben sich auf folgendes Verfahren verständigt: Bis Ende September wird der Konzeptentwurf als Kontrapunkt zum Senats-Wohnungsbauprogramm erarbeitet, Mitte Oktober bezirksübergreifend diskutiert und im November voraussichtlich auf einem Landesparteitag beschlossen. Hier seien noch einmal die wesentlichen Eckpunkte benannt, die in ein solches Programm eingehen müssen. Zunächst ist zu konstatieren:

- Es ist seit mindestens zehn Jahren viel zu wenig neuer Wohnraum entstanden, und dies trotz des Konzepts »Wachsende Stadt« - immerhin ist die Bevölkerung in Hamburg

seit 2000 um etwa 30.000 Menschen angewachsen. Der aktuelle Wohnungsfehlbestand wird nach unterschiedlichen Angaben mit 30.000 (Prof. Dr. Ingrid Breckner) bis 90.000 (Engel & Völkers) angegeben.

- Es sind viel zu wenig öffentlich geförderte (Sozial-) Wohnungen im 1. Förderungsweg entstanden, die für den stark angewachsenen Teil der Bevölkerung mit geringem Einkommen die einzige Chance bieten, eine vernünftige Wohnung zu erschwinglichen Preisen zu mieten. Noch 2010 sind seitens der Wohnungsbaukreditanstalt von insgesamt 120 Mio. Euro für die Wohnraumförderung 24,9 Mio. Euro in die Eigenheimförderung geflossen.
- Es ist qualitativ »falsch« gebaut worden, nämlich vorrangig für Haushalte mit großem Portemonnaie. Im Jahr 2010 sind genau 3.520 Wohnungen mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 106,4 qm (!) fertiggestellt worden. Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen SAGA GWG hat nicht eine einzige Wohnung abgeliefert!
- Das Recht auf Wohnen wird in einer der reichsten Städte Europas zunehmend zu einem Glücksspiel. Teilweise werden um bis zu 30% höhere Mieten bei Neuvermietungen seit Anfang 2010 verlangt, im Durchschnitt immer noch unglaubliche 9,4%. Das trifft vor allem die Menschen hart, die sich solche Mieten nicht mehr erlauben können. Von den explodierenden Kosten bei der »zweiten Miete« (Nebenkosten) ganz abgesehen.

Das Nachsehen haben auf dem Wohnungsmarkt vor allem die eh schon benachteiligten Gruppen: Geringverdienende, TransferleistungsbezieherInnen, MigrantInnen, SeniorInnen, Alleinerziehende, Obdach- und Wohnungslose, Behinderte und psychisch Kranke, Drogenabhängige, Haftentlassene. Gegenwärtig werden diese Bevölkerungsgruppen in einem gigantischen Akt aus den citynahen Quartieren in die (noch halbwegs bezahlbaren) Außenbezirke (vor allem den Hamburger Osten) verdrängt (Gentrifizierung). Der sinnvolle Bevölkerungsmix wird damit sowohl in der City wie auch in den peripher gelegenen Stadtteilen zunehmend eingeeengt (Segregation). Wir brauchen also schnellstmöglich massiven

sozialen Wohnungsbau primär für diese Gruppen, und zwar gerade auch in den Stadtteilen, die von Aufwertung und Verdrängung heimgesucht werden:

- öffentlich geförderte (Sozial-) Wohnungen – 2.000 pro Jahr sind entschieden zu wenig
- seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen (bei wachsendem Anteil der älteren und behinderten Menschen)
- kleinere bis mittlere Wohnungen für den hohen Anteil an Single-Haushalten (die in der Stadt heute schon rund 50%, in einigen Stadtteilen sogar bis zu 70% ausmachen)
- Darüber hinaus muss bei der Vergabe städtischer Grundstücke darauf geachtet werden, dass sie an gemeinnützige oder genossenschaftliche Bauträger vergeben werden, um einen höheren Sozialwohnungsanteil (als die projektierten 30%) und günstigere Mieten zu erzielen, als es das Wohnungsbauprogramm des Senats vorsieht. Auch kleine Wohnprojekte sind gezielt zu fördern bzw. zu bevorzugen. Neubauprojekte sind natürlich in allen Bezirken anzugehen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass mit öffentlich geförderten Wohnungen wohnungspolitische Akzente gegen die Gentrifizierung und Segregation in bestimmten, vor allem innenstadtnahen »Lagen« gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund ist u.a. zu fordern:
- neue Sozialwohnungen an die Elbchaussee
- reichlich Sozialwohnungen im noch zu bebauenden Teil der östlichen Hafencity
- 70% Sozialwohnungen in die Neue Mitte Altona
- Wohnungsbau in der City (da hat der Senat ja erfreulicherweise erste Weichen gestellt)
- Möglichkeiten für alternative Wohnformen schaffen bzw. zulassen, also z.B. Bauwagenplätze (die der Bezirksamtschef Mitte, Markus Schreiber, hartnäckig ablehnt), was durch eine Veränderung des Bauwagengesetzes unterstützt werden könnte, und Wohnschiffe (aber anders als die Edelobjekte im Eilbekkanal, fest auf dem Grund verankerte Häuserchen von EigentümerInnen, die ihre »Grund-

stücke« zum Schnäppchenpreis von 0,50 Euro je Quadratmeter von der Stadt erworben haben).

Darüber hinaus ist eine ganze Palette von Maßnahmen zu prüfen bzw. zu beherzigen, z.B.:

- Vorgehen gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum, Aufstockung des bezirklichen Personals in Sachen Wohnraumschutz
 - Vorgehen gegen den Leerstand in Höhe von 1,3 Mio. qm Büroraum; wo möglich: Umwandlung zu Wohnraum, Aufstockung des Umwandlungsetats der Stadt
 - umfangreiches Flächenscreening
 - systematische Bebauung von Konversionsflächen
 - Aufstockung und Nachverdichtung an geeigneten Stellen
- Das alles muss mit einer umfassenden Einbeziehung und Beteiligung der Menschen vor Ort geschehen. Hier ist der Wohnungskordinator und jetzige Staatsrat Michael Sachs (SPD) scharf zu kritisieren, der meinte, man solle Neubau ggf. auch gegen die Bevölkerung durchsetzen und Bürgerentscheide verunmöglichen. So geht's nach Überzeugung der LINKEN nicht. Gleichzeitig ist der Spagat zu bewerkstelligen, städtische Grünflächen nicht zu reduzieren, die für die Menschen, die Quartiere und das Klima unverzichtbar sind.

Einige zentrale Konsequenzen und Forderungen:

1. Wohnen ist ein soziales Grundrecht und gehört in die Verfassung.
2. Der soziale Wohnungsbau muss stark ausgeweitet werden.
3. Die Wohnungsbauförderung muss ebenfalls stark ausgeweitet werden, und zwar nicht für die Eigenheimförderung, sondern für sozialen Wohnungsbau vorrangig im 1. Förderweg.
4. Zur kurzfristigen Linderung der Not von Wohnungs- und Obdachlosen ist eine erhebliche Ausweitung der (Not-) Schlafplätze und der Ausbau der Flüchtlingsunterkünfte notwendig.

**Kurzanalysen & Kommentare
Dokumente & Termine**

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows a website for Dr. Joachim Bischoff, a member of the Hamburg City Council (Hamburgische Bürgerschaft) and the DIE LINKE faction. The main article is titled "Steuerplus: Die LINKE fordert sinnvolle Investitionen statt vorgezogenes Schuldenverbot" (Tax surplus: The LINKE demands sensible investments instead of prioritized debt prohibition). The article text discusses the city's financial situation, mentioning that the 2011 budget is better than expected and that investments in infrastructure are needed. It also mentions a tax surplus of 260 million Euro in 2010 and a forecasted surplus of 475 million Euro for 2011. The website includes a search bar, a list of all contributions, and a list of themes such as "Allgemein", "Arbeit", "Bildung", "Energie", "Gesundheit", "Kultur", "Medien", "Mittelstand", "Nahverkehr", "Politik", "Presse- und Öffentlichkeitsarbeit", "Sport", "Stadtentwicklung", "Verkehr", and "Wohnen".

5. Der Mietenspiegel muss generalüberholt werden (z.B. ist es abzulehnen, dass bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete nur die veränderten Mieten aus den vergangenen vier Jahren eingehen, also weder geförderte Mieten noch stabil gebliebene bei freundlichen VermieterInnen).
6. Mietenstopp bei der SAGA GWG jetzt!
7. Aufhebung der SAGA-Abgabepflicht (von 2007 bis 2011 sind jährlich ca. 100 Mio. Euro von der SAGA für den Kauf der GWG an die Stadt abgeführt worden, obwohl es sich in beiden Fällen um städtische Unternehmen handelt); Nutzung der Überschüsse für Wohnungsneubau.
8. Leerstand (von Büro- und Wohnraum) beenden und Besetzung von längerfristig, aus spekulativen Gründen leer stehendem Wohnraum legalisieren.
9. Kein weiterer Büroneubau in der Hafencity und der Neuen Mitte Altona, sondern auch dort Orientierung auf vermehrten bzw. überwiegenden Sozialwohnungsbau.
10. Kein weiteres Hotel in St. Georg und St. Pauli, stattdessen Ankauf geeigneter Grundstücke für sozialen Wohnungsneubau.
11. Energetische Sanierungskosten für MieterInnen beschränken. Insbesondere einkommensärmere Haushalte dürfen durch Wärmedämmung nicht mehr Kosten haben.
12. Personal (bisher 8,5 Stellen) für Wohnraumschutz ausbauen (s. die mangelnde Kontrolle der katastrophalen Verhältnisse im Unternehmen GAGFAH).
13. Schaffung einer genossenschaftlichen oder kommunalen Wohnungsagentur.
14. Soziale Erhaltungssatzungen und Umwandlungsverordnungen flächendeckend für besonders von der Gentrifizierung bedrohte Viertel! Das Verfahren vereinfachen, beschleunigen, ausweiten - nach Münchener Vorbild.
15. Neue Formen der BürgerInnenbeteiligung schaffen.
16. Langfristige Sicherung und vernünftige finanzielle Ausstattung von Stadtteilgremien (Moderation, Protokollierung, PolitikerInnen- und Verwaltungspräsenz, Verfügungsfonds).

Kultur Tipp: Tag des offenen Denkmals

Vom 9. bis 11. September laden die Stiftung Denkmalpflege und das Denkmalschutzamt wieder ein verlängertes Wochenende lang zum »Tag des offenen Denkmals« ein. Auf dem Programm stehen mehr als 100 mehr oder weniger interessante Orte - so viele wie nie zuvor -, die im Alltag normalerweise verschlossen sind und an den betreffenden Tagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Schwerpunkt ist dieses Mal »Hamburg im 19. Jahrhundert«. Die französische Besetzung, der Große Brand 1842, die Industrialisierung und die Choleraepidemie 1892 markieren in dieser Phase wichtige Einschnitte für die Menschen, aber auch die Stadtentwicklung.

Die Veranstaltungen finden in rund 40 Stadtteilen statt und gewähren Einblicke in wichtige Bauten und Einrichtungen des 19., aber auch des 20. Jahrhunderts. So gibt es u.a. zwei Führungen durch das 1852 am Rotherbaum entstandene Schröderstift (Schröderstiftstraße 34, am 11.9. von 14 bis 18 Uhr), dessen BewohnerInnen sich gerade in letzter Zeit wieder genötigt sehen, das Ensemble als Wohnbereich zu verteidigen. Interessant ist sicher auch die Begutachtung der Maßnahmen zur Wärmeschutzdämmung am Dulsberg (Elsässer Straße/Ecke Oberschlesische Straße, 10.9., 14 Uhr). Gezeigt wird, wie mit dem Backsteinerbe des ehemaligen Oberbaudirektors Fritz Schumacher umgegangen wird, schließlich ist es kein einfaches Unterfangen, Energieeinsparung, preiswerte Mieten und Stadtbild unter einen Hut zu bringen. Ein drittes Beispiel für interessante Architektur ist der 395 Meter lange »Schellfischttunnel«, der 1874/76 angelegt wurde, um die Eisenbahnlinie Altona-Kiel mit dem 28 Meter tiefer gelegenen Elbufer zu verbinden und den Transport von Fischwaren zu erleichtern. Der 1893/95 auf fast einen Kilometer



Wohnen im Schröderstift: wie lange noch?

verlängerte Tunnel ist seit 1993 verschlossen und kam kürzlich wieder im Zusammenhang mit dem IKEA-Neubau an der Großen Bergstraße ins Gespräch.

Das 72seitige Programm findet sich im Netz unter <http://www.hamburg.de/contentblob/2960560/data/programm-tdod-2011.pdf>.

Münzviertel: Wir sind genervt!

von Klaus Stürmann



Ortstermin: Bürohaus-Leerstand an der Spaldingstraße 1 (Foto: Michael Joho)

Hinterm Hauptbahnhof, versteckt zwischen Bahnbetriebsgelände und Fernbahnhöfen, durchschnitten von Autobahnzubringern, liegt das Münzviertel. Mit 1.250 EinwohnerInnen das wohl kleinste Gebiet der Stadtentwicklung. Aufgrund der regen Aktivitäten der 2002 gegründeten Stadtteilinitiative wurde das Viertel Ende 2008 zum Themengebiet der »aktiven Stadtentwicklung« und 2010 in das »Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung« überführt. Die Initiative strebt eine partizipatorische Stadtteil-Umgestaltung von unten an. Die jetzige Bewohnerschaft, eine Mischung aus BewohnerInnen des sozialen Wohnungsbaus und vielen KünstlerInnen und Studierenden der unterschiedlichsten Disziplinen, soll in ihrer Heterogenität erhalten bleiben und ihre kreative Vitalität und soziale Kompetenz im formalisierten Prozess der Stadtteilentwicklung nicht verloren gehen.

Dabei sollen unsere Vorstellungen über ein hohes Maß an Lebensqualität des gemeinschaftlichen Miteinanders erreicht werden, ohne Verdrängungsprozesse zu befördern. Denn wir wollen keine homogene Stadtteilentwicklung, die zur Ausgrenzung anderer führt, wie sie im benachbarten St. Georg stadtpolitisch zielstrebig vorangetrieben wird und in der Hafencity bereits wie in Beton gemeißelt erscheint. Dabei ist uns die Widersprüchlichkeit traditioneller Stadtteilentwicklung und Gentrifizierung bewusst, und wir haben deutlich signalisiert, unsere Mitarbeit aufzukündigen, wenn Aufwertungs-tendenzen dominieren.

In unmittelbarer Nähe bzw. im Viertel selbst liegen u.a. das Gesundheitszentrum als großstädtische Zentraleinrichtung für Drogenabhängige und die Stadtmission Hamburg

mit ihren sozialen Zentraleinrichtungen wie das »Haus Jonas«, »Wohnprojekt Münze« sowie die Tagesaufenthaltsstätte »Herz As« (für Wohnungslose). Viele AnwohnerInnen begreifen Obdachlose und Drogenabhängige als Bestandteil unseres Gemeinwesens mit all seinen Problemen.

Im Rahmen der Themengebiete-Anmeldung gelangt es, ein Handlungskonzept zu entwickeln, das nicht nur die klassischen Handlungsfelder wie Wohnen, öffentlicher Raum, Verkehr enthält, sondern Kunst und Soziales als Basis für die Quartiersentwicklung festschreibt. Schlüsselprojekte sind die Umnutzung der teilweise leerstehenden ehemaligen Jugendwerkstatt in der Rosenallee 11 zum Werkhaus Münzviertel und die Umnutzung des Geländes der Schule für Hörgeschädigte hinter dem Hühnerposten. Von Erfolg oder Nichterfolg dieser beiden Schlüsselprojekte, die bezüglich der Glaubwürdigkeit des partizipatorischen Ansatzes des Themengebietes Münzviertel einander bedingen – das eine kann ohne das andere nicht sein –, wird die weitere Entwicklung des Viertels bestimmt werden:

1. Die Fläche der **Schule für Hörgeschädigte** hinterm Hühnerposten, die nächstes Jahr nach Altona umzieht, bietet das größte städtebauliche Entwicklungspotenzial. Für die Nutzung des Geländes sollen bewusst andere Zielgruppen als die in der Hafencity angesprochen werden und ein Angebot für besondere Wohnformen (z.B. Arbeiten und Wohnen, ge-

Klaus Stürmann ist Vertreter der Stadtteilinitiative Münzviertel im Quartiersbeirat Münzviertel.

nossenschaftliche Baugemeinschaften, studentisches Wohnen u.a.) entwickelt werden. Im Rahmen eines interdisziplinären studentischen Wettbewerbs der HCU werden zurzeit Entwürfe erarbeitet und getestet. Dabei werden auch besondere Beteiligungsformen der AnwohnerInnen angewendet. Die Ergebnisse werden Ende Oktober vorliegen und hoffentlich alle als wesentliche Ideen in die Ausschreibung für den nachfolgenden städtebaulichen Realisierungswettbewerb einfließen.

Ohne die Ergebnisse des Wettbewerbs vorwegzunehmen: Der bisherige konstruktive Prozess zwischen HCU und dem Quartier lässt kreative, interessante, aber auch umsetzbare Vorschläge erwarten. Entscheidend werden aber der anschließende Realisierungswettbewerb und das Verhalten der Finanzbehörde sein, die verantwortlich ist für die Veräußerung der Flächen der Schule für Hörgeschädigte. Die Umsetzung dieses Schlüsselprojektes hat gut begonnen. Die Ergebnisse sind aber vollkommen offen und eine Entscheidung über das Gelingen einer partizipatorischen Stadtteil-Umgestaltung zwischen QuartiersbewohnerInnen und stadtpolitischer Stadtentwicklung ist frühestens 2013 zu erwarten.

2. Steht das zweite Schlüsselprojekt: **Werkhaus Münzviertel** vor dem Aus? In die ehemalige Jugendwerkstatt Rosenallee 11 soll das Werkhaus Münzviertel – eine Modellschule zur Verschränkung von Pädagogik, Kunst und Quartiersarbeit – einziehen. Hier sollen Jugendliche bis 18 Jahre und Jungerwachsene bis 25 Jahre, die an dem herkömmlichen Schulsystem gescheitert sind, so genannte Stadtteiflüchtlinge, jugendliche Obdachlose und Suchtabhängige in Zusammenarbeit mit KünstlerInnen für das Gemeinwesen Münzviertel soziale Dienstleistungen und Produkte für den öffentlichen Raum produzieren. Von der Stadtteilmöblierung bis hin zum Anlegen und Pflegen von Grünflächen ergeben sich vielfältige Tätigkeiten, die ergänzt werden z.B. von Arbeiten für die kulturellen Einrichtungen der unmittelbar benachbarten Kunstmeile einschließlich des Hamburger Schauspielhauses.

Die Einbindung des Werkhauses in die Quartiersaktivitäten und die Öffnung und Einbeziehung von künstlerischen Aktivitäten ist eine logische Konsequenz des Standortes im Münzviertel. Vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen an Bildungsarbeit und Stadtplanung hat diese Konzeption zudem Modellcharakter, der von überregionaler Bedeutung ist. Soziale Randgruppen können und sollten nicht mehr länger als Verlierer von Stadtentwicklungsprozessen ihrem Schicksal überlassen werden. Seit der drohenden Schließung der Jugendwerkstatt 2002 führen wir den Kampf um das Gebäude in der Rosenallee 11. Zurzeit führt Passage GmbH, die mit dem Quartier eng kooperiert, eine überbetriebliche Ausbildung für Tischler durch. Drei Stockwerke des Gebäudes stehen leer. Von 2007 bis Ende 2009 standen wir in regen Austausch mit der Produktionsschule Altona, damals der einzigen Produktionsschule in Hamburg.

Ab 2008 haben wir uns am Interessenbekundungsverfahren (IBV) der Schulbehörde für Produktionsschulen beteiligt. Unser Konzept baut auf auf den bewährten Leitlinien der Pro-

duktionsschule (Lernprozesse erfolgen über Produktionsprozesse) sowie dem pädagogischen Konzept des Bauhauses (Einheit von künstlerischer und handwerklicher Ausbildung) auf. Seinen Modellcharakter erfährt es über die Erweiterungen, die sich aus der Lage, dem Quartierskontext des Schulgebäudes sowie der Zusammensetzung der Zielgruppen ergeben. Seitdem klar war, dass wir wegen fehlender Sozialraumkriterien (zu wenig Schulabbrecher bis 18 Jahre im Schulbezirk RSK 1 gegenüber anderen Stadtteilen wie z.B. Billstedt, Wilhelmsburg, Steilshoop u.ä.) aus dem IBV Produktionsschule heraus gefallen sind, sprechen wir vom Werkhaus.

Die Bezirksversammlung Mitte hat mit zwei Beschlüssen die Produktionsschule (jetzt Werkhaus) im Münzviertel unterstützt: »Die Einrichtung einer Produktionsschule im Münzviertel ... ist das wichtigste Schlüsselprojekt und zugleich Motor der gesamten Quartiersentwicklung. Neben diesem spezifischen Quartiersbezug hat der Produktionsschulstandort eine Hamburgweite und insbesondere strategische Bedeutung.«

Da durch die neue Machtverteilung in der Hamburger Bürgerschaft in allen Fachbehörden neue politische Eckpunkte gesetzt werden, ist es nochmals nötig, einen positiven Bezirksversammlungsbeschluss für das Werkhaus Münzviertel herbeizuführen, um offensiv die langfristige Finanzierung des Werkhauses zu sichern. Es steht auf Messers Schneide: ja oder nein. Nach fast zehn Jahren ehrenamtlich beständigen und qualitätsvollen gemeinwesenorientierten Stadtteilaktivitäten sind wir wegen der fortwährenden Unsicherheiten, hervorgerufen durch die ständigen unvorgesehenen politischen Machtwechsel innerhalb der Bürgerschaft, mächtig genervt.

Das gleiche gilt für den fortwährenden hohen Leerstand von Gewerbeflächen im Quartier. Seit 25 Jahren stehen im Erdgeschoss des »Repsoldhauses« (Repsoldstraße 49) ca. 450 qm Gewerbeflächen leer. Seit fast zehn Jahren versuchen wir, den Eigentümer zur Zwischenvermietung der Flächen für unsere stadtteilbezogenen Aktivitäten zu bewegen. All diese Versuche liefen bis heute ins Leere. Und eine solche Verweigerungshaltung gilt auch für die Stadt. Seit zwei Jahren ist sie Eigentümerin der Hochhäuser Spaldingstraße 1 und 1b. Diese Bürohochhäuser stehen ebenfalls seit 20 Jahren leer, und seit drei Jahren bemühen wir uns – zuerst mit der Zwangsverwaltung, dann seit zwei Jahren mit der Stadt als neuer Besitzerin –, in den Häusern für unsere Aktivitäten leere Büroflächen zur Zwischennutzung anzumieten. Ebenfalls ohne Erfolg und ohne jegliche Bereitschaft zur transparenten Begründung ihrer Verneinung, geschweige denn dazu, mit uns inhaltlich zu verhandeln. Es reicht der Stadt offensichtlich, uns mit einem schmallippigen dreizeiligen Nein abzuspeisen. Das nervt mächtig.

Unter dem Motto »Heute sind wir drei, morgen fünfzig und übermorgen 500« veranstalten wir am 1.10.2011. ab 16.00 Uhr auf dem Münzplatz eine öffentliche Kundgebung zum skandalösen Leerstand im Münzviertel.

Weitere Infos ab Mitte September unter www.muenzviertel.de

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Am Dienstag, den **30. August**, findet um **18.30 Uhr** im Altonaer Rathaus (Platz der Republik 1) die **»Abschlussveranstaltung zum Zukunftsplan Altona«** statt. Präsentiert werden die Ergebnisse des ein Jahr währenden »Bürgerbeteiligungsverfahrens«. Ob's wirklich um die Forderungen und Interessen der BürgerInnen geht? Näheres unter www.zukunftsplan-altona.de.

Zum Gespräch mit der Bürgerinitiative **»Altonaer Museum bleibt!«** lädt die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN ebenfalls am Dienstag, **30. August**, um **20 Uhr** ins Fraktionsbüro (Buceriusstraße 2) ein. Es gilt, den Erfolg des Erhalts zu würdigen und sich über die weiteren Perspektiven auszutauschen.

Zum **Antikriegstag** am Donnerstag, dem **1. September**, ruft das Hamburger Forum zur Demonstration unter der Hauptparole »Dem Frieden eine Chance – NATO raus aus Afghanistan!« auf. Auftakt ist um 17.30 Uhr beim Kriegsklotz am Dammtor. Bereits am **31. August** führt die IG Metall im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60, Ebene 12) eine Veranstaltung zur **»Rüstungshauptstadt Hamburg – Von Pfeffersäcken und Kanonen«** durch.

Am Samstag, dem **3. September**, veranstaltet der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club von 10 bis 12 Uhr wieder einen **Fahrrad-Flohmarkt** auf dem Verkehrsübungsplatz Steilshoop (Gründgensstraße 22). Darüber hinaus gibt es noch zwei geführte **ADFC-Touren** unter dem Motto »Vom Abenteuer zum Alltag« mit Tipps zum sicheren Radfahren: am **6. September um 18.30 Uhr** sowie am **18. September um 15 Uhr**, jeweils ab Stadtradstation 2542, Lange Reihe/Ecke Kirchenallee. Näheres unter <http://www.hamburg.adfc.de/freizeit/veranstaltungen/hamburgs-buerger-rauf-aufs-rad/>.

»Wie viel Grün braucht die Umwelthauptstadt?« fragt der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) am Dienstag, **6. September**, um **18.30 Uhr** im Bürgertreff Altona (Gefionstraße 3). Die Podiumsdiskussion wird bestritten von Rudolf Sergel und Manfred Braasch (BUND), Birgit Stöver (CDU), Prof. Dr. Ulrich Gebhardt (Uni Hamburg) und Hans Gabányi (BSU, Landschafts- und Grünplanung).

Zum **Tag der offenen Tür im Rathaus** lädt die Bürgerschaft für Samstag, den **10. September, zwischen 10 und 17 Uhr**, ein. Natürlich ist auch die Linksfraktion dabei. Gesamtprogramm: www.hamburgische-buergerschaft.de.



Um das **Schanzenviertel** zwischen »Gentrification, Galao und Geschichten« geht es bei **zwei Rundgängen** der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Sonntag, dem **11. September, um 15 Uhr**, sowie am **Dienstag, dem 13. September, um 18 Uhr**, jeweils ab Centro Sociale (Sternstraße 3). Geleitet werden sie von Gerd Siebecke, dem Autor des kürzlich erschienenen Buches »Die Schanze: Galao-Strich oder Widerstandskiez?«. Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 3 Euro (Kinder frei).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.